

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage. Die Neue Zeit 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Verkehrs-Verzeichnisse. Unter Preisband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst täglich.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Nummern, gelte aber deren Raum 60 Pl. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Verbandsanzeigen 30 Pl. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pl. (gültig für gedruckt Wort), jedes weitere Wort 10 Pl. Stellengebühren und Einschickungsgebühren das erste Wort 10 Pl., jedes weitere Wort 5 Pl. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Honorare für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 25. Juli 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Aufruf!

Noch dampfen die Aecker auf dem Balkan von dem Blute der nach Tausenden Hingemordeten, noch rauchen die Trümmer verheerter Städte, verwüsteter Dörfer, noch irren hungernd arbeitslose Männer, verwitwete Frauen und verwaisete Kinder durchs Land, und schon wieder schickt sich die vom österreichischen Imperialismus entfesselte Kriegsfurie an, **Tod und Verderben über ganz Europa zu bringen.**

Verurteilen wir auch das Treiben der groß-serbischen Nationalisten, so fordert doch die **frivole Kriegsprovokation der österreichisch-ungarischen Regierung** den schärfsten Protest heraus. Sind doch die Forderungen dieser Regierung so **brutal**, wie sie in der Weltgeschichte noch **nie** an einen selbständigen Staat gestellt sind, und können sie doch nur darauf berechnet sein, den **Krieg geradezu zu provozieren.**

Das klassenbewusste Proletariat Deutschlands erhebt im Namen der Menschlichkeit und der Kultur flammenden Protest gegen dies verbrecherische Treiben der Kriegshezer. Es fordert gebieterisch von der deutschen Regierung, daß sie ihren Einfluß auf die österreichische Regierung zur Aufrechterhaltung des Friedens ausübe, und falls der schändliche Krieg nicht zu verhindern sein sollte, sich jeder kriegerischen Einmischung enthalte. **Kein Tropfen Blut eines deutschen Soldaten darf dem Machtkitzel der österreichischen Gewalthaber, den imperialistischen Profitinteressen geopfert werden.**

Parteigenossen, wir fordern Euch auf, sofort in **Massenversammlungen** den **unerschütterlichen Friedenswillen des klassenbewussten Proletariats** zum Ausdruck zu bringen. Eine ernste Stunde ist gekommen, ernster als irgend eine der letzten Jahrzehnte. Gefahr ist im Verzuge! **Der Weltkrieg droht!** Die herrschenden Klassen, die Euch im Frieden knebeln, verachten, ausnützen, wollen Euch als Kanonenfutter mißbrauchen. Überall muß den Gewalthabern in die Ohren klingen:

Wir wollen keinen Krieg! Nieder mit dem Kriege!
Hoch die internationale Völkerbrüderung!

Berlin, den 25. Juli 1914.

Der Parteivorstand.

Protest des österreichischen Proletariats!

Arbeiter, Parteigenossen!

In fürchtbar ernster Zeit rüsten wir, Parteigenossen, heute das Wort an Euch! Die Gefahr einer kriegerischen Verwicklung mit Serbien rückt in immer unheimlichere Nähe, und bevor der Tag um ist, an dem Euch unser Wort erreicht, kann der Krieg schon ausgebrochen sein! Die österreichisch-ungarische Regierung hat in Belgrad ein Ultimatum überreicht, ein letztes Wort, das an diesem Samstag um 6 Uhr abends seine Erfüllung finden muß, wenn die

blutige Entscheidung durch die totbringenden Waffen

vermieden werden soll. An einem dünnen Faden hängt die Erhaltung des Friedens, und wenn der Faden reißt, wenn Serbien die Bedingungen, die ihm Oesterreich-Ungarn diktiert, nicht hinnimmt und annimmt, so ist der Krieg da, der Krieg mit Schrecken und Jammer, mit dem Leid und **Nummer**, die er im Gefolge hat! Und da es vorzugsweise

die breiten Massen sind, die seine fürchtbaren Lasten tragen, so ist die Entscheidung, die sich nun vorbereitet, der

Einatz an Gut und Blut des Volkes!

Mußte es so kommen? Auch wir Sozialdemokraten, die Vertreter des werktätig schaffenden Volkes, verschließen unser Auge nicht vor dem schweren Unrecht, das die serbischen Machthaber an Oesterreich begangen haben. Wie wir, aus unseren prinzipiellen Anschauungen heraus, die schändlichen Gewalttaten zurückweisen, die Mordtat von Sarajewo verurteilen, so verurteilen wir auch alle die, die an ihr Mitschuld tragen. Wir erkennen an, daß Oesterreich-Ungarn im Rechte ist, wenn es von der serbischen Regierung die strafgerichtliche Verfolgung der Mitschuldigen begehrt; wir verstehen, daß Oesterreich-Ungarn von Serbien Bürgschaften verlangt, daß dem unterirdischen Wühlen gegen die Sicherheit und Ruhe des österreichischen Staatenverbandes Einhalt

getan werde, daß mit der fördernden Duldung, die die Machthaber in Serbien dieser Völkerrückbildung entgegenbringen, gebrochen werde. Aber wir sind überzeugt, daß die serbische Regierung diesen Forderungen Oesterreich-Ungarns, die durch das Völkerrecht sanktioniert sind, keinen Widerstand hätte entgegensehen können, keinen Widerstand auch entgegengesetzt hätte. Wir sind überzeugt, daß für alles, was Oesterreich-Ungarn im Interesse des Schutzes seiner Staatlichkeit begehrt, die Erfüllung

im Frieden

zu erreichen war und immer noch wäre, und daß keine staatliche Notwendigkeit, keine Rücksicht auch auf ihr Ansehen die Großmacht zwingt, die Bahnen der friedlichen Verständigung zu verlassen. Deshalb erklären wir im Namen der arbeitenden Klasse, erklären es als die Vertretung der deutschen Arbeiter in Oesterreich, daß wir

für diesen Krieg die Verantwortung nicht übernehmen

können, daß wir für ihn und für alles, was aus ihm an fürchtbar ernsten Folgen entspringen mag, denjenigen die Verantwortung zuschieben, die den verhängnisvollen Schritt, der uns vor den Krieg stellt, erforschen, unterstützt und gefördert haben.

Zu dieser Feststellung und Erklärung sind wir um so mehr verpflichtet und gedrängt, als die Völker in Oesterreich seit vielen Monaten ihrer verfassungsmäßigen Rechte beraubt sind und der Tribüne entbehren, von der aus sie ihren Willen kundtun könnten.

planmäßige Vergewaltigung des Volkswillens,

wie sie in der Ausschaltung des Parlaments liegt, um so erbitternder und aufreizender! Wie, es sollte nicht jeden aufrechten Mann in diesem Staate erbittern, daß sich selbst in diesem Schicksalsaugenblicke, da uns ein Ringen auf Tod und Leben droht — denn wer kann es ermaßen, was dem Kriege mit Serbien noch alles nachfolgt! — der Absolutismus einer volksfremden Bureaokratenregierung breit machen darf und alles unterlassen wird, was die Völker in Oesterreich einander näher bringt und ihnen die Möglichkeit gemeinsamer, schöpferischer Arbeit im Dienste des Volkswohles bietet!

Wir wollen

ein freies, fortschreitendes Oesterreich,

das sich aufbaut auf der Selbstregierung aller Nationen in diesem Staate, das allen die Möglichkeit kultureller Entwicklung bietet; wir wollen ein Oesterreich, das wirklich ein Bund freier Völker ist. Wir sind der Ansicht, daß ein Staat in un-

serer Zeit nur in Freiheit gedeihen, nur durch Gerechtigkeit bestehen kann. Und als die Vertreter der Enterbten dieser Gesellschaftsordnung streben wir nach einem Staatswesen, das dem Befreiungskampfe der Arbeiter... sie, auf den die Hoffnung dieser Welt sich gründet, durch soziale und kulturelle Reformen zu Hilfe kommt; vertreten wir den demokratischen Fortschritt auf allen Gebieten, weil durch ihn diesem Nationalitätenstaat Bestand und Festigkeit verliehen wird.

Dem Volke ist es nicht gegeben, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Das Parlament, durch das es wirkt und spricht, ist stumm. Der politischen Freiheit in den Versammlungen und in der Presse sind Fesseln angelegt. In dem Bewußtsein der schicksalsschweren Stunde soll noch einmal unser Mahnruf laut werden:

Der Friede ist das kostbarste Gut des Menschen, das höchste Bedürfnis der Völker!

Wir lehnen jede Verantwortung für diesen Krieg ab; feierlich und entschieden beladen wir mit ihr diejenigen, die ihn, hüben wie drüben, angestiftet haben und entfesseln wollten. Wir wissen uns darin einig mit den Klassenbewußten Arbeitern der ganzen Welt, nicht zum wenigsten mit den Sozialdemokraten Serbiens, und feierlich bekennen wir uns zu der Kulturarbeit des internationalen Sozialismus, dem wir ergeben bleiben im Leben und verbunden bis zum Tode!

Die deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten in Oesterreich.

Friedenskonferenzen in Bereitschaft halten, in diesem Falle, ihrer eigenen Theorien uneingedenk, bereit sind, das Schwert zu ziehen.

In auffallendem, aber wohlthuendem Gegensatz dazu steht die sorgsam prüfende Haltung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, in welcher Oesterreich-Ungarn mit Recht ernste Vorhaltungen gemacht werden. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die doch keineswegs in dem Maße steht, abzuwiegen oder zu beunruhigen, hält es angesichts des Ernstes der Stunde für ihre nationale Pflicht, auf die große Gefahr hinzuweisen, in die sich Oesterreich mit der Ueberreichung seiner ungewöhnlich scharfen Note begeben hat.

Für Kriege der habsburgischen Eroberungspolitik sind wir nicht verpflichtet!

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ schreibt nämlich:

Gedächtnis ist oft eine üble Sache, aber wir können nicht umhin, in diesem Augenblicke es lebhaft zu gebrauchen. Wir erinnern uns, daß solche wichtige Beschuldigungen wie jetzt von Wien aus mehrmals geschleudert worden sind. Da war im Jahre 1900 der bis dahin brave und angesehene Professor Friedjung. Er wurde auf einmal aus einem stillen Wiener Gelehrten zu einer Berühmtheit, als er zum Beweise der Notwendigkeit eines kriegerischen Vorgehens Oesterreichs gegen Serbien eine ungeheure großserbische, hochverräterische Bewegung mit ungläublichen Einzelheiten feststellen konnte. Bald wurde es klar, hinter ihm stand die Wiener Regierung. Es kam zum Prozeß, aus dem Herr Friedjung als völlig Geschlagener die Treppen hinunterging. Von allen ungeheuerlichen Beschuldigungen, die er erhoben hatte, war nichts zu beweisen. Rückwärtslos und rucklos ließ ihn die Wiener Regierung im Stich und opferte seine Ehre als Geschichtsschreiber. Leute, die nicht bis 1900 denken können, erinnern sich aber wohl noch des Jahres 1912/13. Oesterreich-Ungarn brauchte abermals einen Kriegsvorwand. Damals tauchte eine neue europäische Berühmtheit auf, der L. Konjul Prochaska. Er hatte mancherlei Unglück, war zuerst ermordet, dann verschwinden, dann gemartert, dann entehrt, schließlich bitter gekränkt, und endlich kam er ganz heil und froh aus seinem albanischen Bezirk nach Wien zurück. Zu gleicher Zeit sollte der ebenfalls gut österreichisch gesinnte Franziskanerpater Palko in Sutari gekreuzigt sein. Auch von diesem Kreuz konnten später nicht die kleinsten Reliquien vorgezeigt werden. Wenn wir alles dessen uns heute erinnern, so stellen wir zugleich fest, daß von den ungeheuerlichen Beschuldigungen und den österreichisch-ungarischen Reimotiven bis zum heutigen Tage auch noch nicht eine einzige Tatsache bewiesen ist. Es ist nichts, gar nichts bewiesen, als daß zwei österreichisch-ungarische Staatsangehörige namens Princip und Gavrinoiwitsch die Attentate auf Franz Ferdinand verübt haben. Das österreichisch-ungarische Ultimatum ist nichts als ein Kriegsvorwand, aber diesmal ein gefährlicher. Wie es scheint, stehen wir nicht vor einem österreichisch-serbischen Kriege. Es ist möglich, sehr möglich, daß wir osteuropäische Brände mit Gewehren löschen müssen, aus Verträgen oder aus dem Zwange des Tages, aber es ist

ein Skandal,

wenn die Reichsregierung nicht in Wien verlangt hätte, daß solche Endgebote ihr vorher vorgelegt werden. Heute bleibt nur eins übrig zu erklären: Für Kriege der habsburgischen Eroberungspolitik sind wir nicht verpflichtet!

Die deutsche Regierung sei also auf der Hut! Wie sie etwa trotz des Widerstandes der deutschen Volksmehrheit ein Weltabenteuer bestreben?

Rußland und das Ultimatum.

Aus Petersburg wird der „Times“ gemeldet: „Der Rabinettchef in Petersburg dauerte vier Stunden und soll zu Äußerst ersten Beschläffen gekommen sein. Sazonow trug einen langen Bericht über die internationale Lage vor. Der Kriegsminister gab ein Resumé vom Zustande der Armeesee, und die übrigen Minister sprachen über den Einfluß der inner-russischen Verhältnisse, besonders die Ernte, die noch nicht eingebracht ist, und die Arbeiterunruhen. Man hielt dafür, daß keine der inneren Schwierigkeiten bedeutend genug sei, als daß Rußland Serbien seinem Schicksal überlassen bliebe. — — — Einer der Teilnehmer an dem Ministerat drückte sich der „Times“ gegenüber folgendermaßen aus: Die Minister sind einstimmig der Meinung, daß durch sein Ultimatum an Serbien Oesterreich-Ungarn eine Herausforderung an Rußland gerichtet hat, und daß nur eine Antwort darauf möglich ist.

Rußland soll ferner an Oesterreich das Ersuchen gerichtet haben, die Verantwortungsfrist seiner Note an Serbien zu verlängern. Aus Wien wird diese Meldung dementiert. Um so mehr sollte Oesterreich aus eigener Initiative dies durchaus gerechtfertigte Zugeständnis machen! Auch Serbien würde dann unter dem Druck der Mächte angemessene Konzessionen zu machen bereit sein!

Kriegsdemonstration im bayrischen Landtag.

München, 25. Juli. Bei der Beratung des Eisenbahnetats erklärte u. a. der Verkehrsminister von Seidl mit erhebener Stimme: Oesterreich stehe zur Zeit in einer schweren Stunde. Wir alle wünschen dem uns befreundeten Nachbarreiche Oesterreich, daß es, wenn es zum Kriege kommen sollte, in dem ihm durch ungeheuerliche Vorkommnisse aufgezungenen Kampfglück und siegreich bestehe.

Diese Demonstration eines deutschen Ministers für den Krieg in der jetzigen Stunde, ist geradezu ungeheuerlich. Das bayrische und gesamte deutsche Volk wird dem heckerischen Gerede recht bald die Antwort erteilen.

Europas Antwort auf Oesterreichs Note.

Was Serbien auf Oesterreichs Ultimatum antworten wird, steht in dieser Stunde noch nicht fest. Aber das Echo in Europa ist bereits vernnehmbar.

Als ernst, sehr ernst, als die Einleitung zu einem europäischen Krieg, zu dem gefürchteten Weltkrieg, wird die ungeheuerliche Note überall aufgefaßt. Das gibt die deutsche Presse einheitlich zu, das ist auch die einmütige Auffassung des Auslandes.

Und in der Tat: die Situation könnte rasch furchtbar werden, das frivole va banque-Spiel der österreichischen Chauvinisten könnte entsetzliche Folgen über die europäischen Nationen bringen, wenn nicht der österreichischen Regierung noch in letzter Stunde Vernunft beigebracht wird!

Und wir teilen keineswegs die Auffassung, die den Dingen fatalistisch gegenübersteht und das Unheil totenlos über sich hereinbrechen sieht. Wir erwarten vielmehr, daß Europa interveniert, und daß namentlich die

deutsche Regierung Oesterreich nachdrücklich zur Besinnung ruft!

Das arbeitende Volk Europas will keinen Krieg! Es wird alles aufbieten, um die verbrecherische Kriegselendenschaft zu dämpfen. Aber es fordert auch von den Regierungen, daß sie sofort dem drohenden Oesterreich in den Arm fallen! Vor allen Dingen hat die deutsche Regierung der österreichischen kategorisch mitzuteilen, daß sie sich durch die Handlung des österreichischen Imperialismus in

keiner Weise in Mitleidenschaft ziehen läßt!

Seider ist der größte Teil der deutschen Presse völlig verblendet. Selbst die freisinnige Presse ist dem sinnlosen Laumel der imperialistischen Prestige-Politik völlig verfallen.

Es ist nicht denkbar, daß der deutsche Liberalismus bereit wäre, durch Oesterreichs sinnlosen Gewaltakt auch das deutsche Volk in den Weltkrieg stürzen zu lassen. Die Liberalen hoffen vielmehr auf die Einziehung Serbiens und der es protezierenden Großmacht.

Das verrät am deutlichsten die „A. D. N. Ztg.“, die nicht glauben will, daß aus dem österreichisch-serbischen Konflikt ein Weltkrieg entstehen könnte. Das Blatt hofft, daß Rußland trotz alledem neutral bleiben würde und infolgedessen der Krieg lokalisiert bliebe. Das sind Hoffnungen, die sich auf ganz vage Vermutungen stützen. Kein Mensch, weder ein gewöhnlicher Sterblicher, noch ein Diplomat, kann wissen, welchen Umfang ein neuer Balkankrieg annehmen würde. Ist erst die Kugel aus dem Lauf, so hat der Schütze jede DIRECTION verloren.

Darum verlangen wir den Protest des Volkes, die Intervention der europäischen Mächte, das

rücksichtslose Eingreifen Deutschlands!

Oesterreich hat die verhängnisvollste Uebereilung begangen. Es hat Europa in die wildeste Verwirrung versetzt. Es ist, wenn die freikonserervative „Post“ recht hat, vorgegangen, ohne die deutsche Regierung genügend zu informieren. Es hat eine unerhörte Ueberrumpelung versucht. Deshalb geschieht ihm nun sein Recht, wenn man es die Konsequenzen seines Vorgehens auch allein tragen läßt.

Aber Gile tut not!

Sofort muß Oesterreich erklärt werden, daß Deutschland sich nicht sklavisch ins Schlepptau nehmen läßt!

So groß die serbischen Verbrechen sein mögen, das größte Verbrechen wäre die Anzettlung des Weltkrieges!

Selbst das Großkapital gegen Oesterreichs Putzversuche!

Das „Echo de Paris“ berichtet, der deutsche Botschafter in Paris, v. Schoen, habe dem französischen Minister des Innern eine Note überreicht, die folgendes enthalte:

- 1. daß die deutsche Regierung sowohl den Inhalt wie die Form der österreichischen Note an Serbien vollkommen billigt,
2. daß die deutsche Regierung hofft, die Diskussion zwischen Wien und Belgrad werde lokalisiert bleiben,
3. daß, wenn eine dritte Macht intervenieren würde, daraus eine schwere Spannung zwischen den beiden großen Mächtegruppen in Europa entstehen würde.

Dazu wird in deutschen Blättern bemerkt, daß es sich um keine Note gehandelt habe, sondern Herr v. Schoen habe Biviani nur geschwäteweise erklärt, daß Deutschland sich in vollständiger Uebereinstimmung mit Oesterreich befinde, den Inhalt der Note an Serbien durchaus billige, und daß im Falle des Eingreifens einer dritten Macht, das die deutsche Regierung nicht erwarte, der Bündnisfall allerdings gegeben wäre.

Wir halten auch diese Resart für unglaublich. Deutschland ist doch nicht der Vasall Oesterreichs!

Jedenfalls will die große Mehrheit des deutschen Volkes von einem Krieg nichts wissen. Selbst die Blätter, die das deutsche Industriekapital am ausgesprochensten vertreten, die „Post“ und die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, erheben schärfsten Einspruch gegen das serbische Abenteuer.

So schreibt die „Post“:

Der weitaus größere Teil der deutschen Presse, und der Berliner in erster Linie, hält in ihrer Beurteilung der österreichischen Note ganz medianisch an dem Bundesverhältnis Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn fest und leitet daraus, ohne die näheren Umstände überhaupt zu prüfen oder sich über die Beweggründe zu Oesterreichs radikaltem Vorgehen Rechenschaft zu geben, die selbstherrnhändige Folgerung her, sofort an die Seite Oesterreich-Ungarns zu treten. Es ist ganz auffallend, wie gerade freisinnige Blätter, die das ganze Jahr über für den Weltfrieden schwärmen und für die schwierigsten Fälle

Am Dienstag in Groß-Berlin

Tagesordnung:

Massenversammlungen nieder mit dem Kriege!

Näheres wird noch im „Vorwärts“ bekanntgegeben.